

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsamt: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Rath der Arbeit“ und „Wort und Tat“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstellen: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklamenzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Pf. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 55

Dresden, Sonnabend den 6. März 1926

37. Jahrg.

Der Internationale Frauentag

Von Marie Zuchacz, M. d. R.

Die Solidarität der sozialistischen Frauen aller Länder
findet ihren Ausdruck in der Veranstaltung eines Inter-
nationalen Frauentages, an dem in großen Frauen-
kundgebungen über die Fragen des internationalen
Frauenrechtes, über gemeinsame Frauenforderungen und
vor allem auch über die internationale Friedensidee und
Friedenspolitik der Völker gesprochen werden soll. Es ist
nicht möglich, dafür in allen Ländern den gleichen Tag zu
nehmen. Traditionell ist dafür der Monat März gewor-
den; die ersten Internationalen Frauentage vor dem Kriege
fanden am ersten Märzsonntag statt. Die internationale
Frauenkonferenz in Hamburg und War-
sawe haben beschlossen, den Internationalen Frauentag
wieder aufzunehmen. Wir haben in Deutschland den 7. bis
14. März dafür gewählt und wollen die Massen der Frauen
bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß sie jetzt
bei der Einzeichnung zum Volksbegehren zum ersten Male
durch öffentliche Unterschrift ihren politischen Willen zum
Ausdruck bringen können.

Die deutschen Arbeiterfrauen besitzen heute bereits
volles aktives und passives Staatsbürgerrecht in Reich,
Land und Gemeinde. Durch den Frauentag wollen wir
Solidarität zeigen mit den Frauen in Frankreich, Spanien,
Italien, Griechenland und Jugoslawien. In diesen euro-
päischen Ländern müssen die Frauen noch um das elemen-
tare Staatsbürgerrecht kämpfen. In Belgien will es eine
unnötige Wahlbestimmung, daß die Frauen zwar nicht
wählen, aber gewählt werden können. Die englischen
Frauen haben noch immer ein durch die Altersgrenze ein-
geschränktes Wahlrecht. Eine besondere Bestimmung, nach
der Inhaberinnen von „männlichen“ Wohnungen das Wahl-
recht nicht besitzen, nimmt Hunderttausenden von beruf-
stätigen Frauen das Wahlrecht.

Unsere Forderungen auf weitgehenden Schutz der
Frau als Arbeiterin und Mutter sind auch dort, wo die
Frauen schon politische Gleichberechtigung besitzen, noch nicht
restlos erfüllt. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat durch
mühsame Feststellungen das gesundheitliche Elend
der schwangeren Arbeiterin aufgezeigt. Unter
dem gleichen Elend leiden die Arbeiterinnen in vielen Be-
reichen in allen kapitalistischen Ländern. Wir kennen die
Schmutz- und die für die arbeitende Frau ergebene, wenn
sie von ihrem hilflosen, der Pflege und Erziehung bedürftigen
Kinde fort in die Fabrik, das Bureau oder die Land-
arbeit gehen muß. Mit zahllosem, materiell und
pädagogisch oft unzulänglichen Hilfsmitteln (Krippen, Kin-
dergarten, Horten) allein ist nicht geholfen. Staat, Selbst-
verwaltung und Organisationen müssen planmäßig zusam-
menarbeiten, wenn nicht Zufallsergebnis bleiben soll, was
erforderlich ist. Zur Erfüllung dieser Forderungen
ist aber auch notwendig, daß die Gesellschaft, der wir Frauen
gehören, bewußt und grundtätig das Recht der Frau
auf Berufstätigkeit bejaht. Noch immer kämpfen
wir Frauen um unser persönliches Menschenrecht als Frau
und Mutter, um die Möglichkeiten zur Entfaltung unserer
persönlichen Persönlichkeit für das öffentlich-soziale Leben.
Die deutsche Sozialdemokratie stellt sozialpolitische
und bürgerrechtliche Forderungen, die zu dieser Befreiung
der Frau beitragen sollen. Mit der gleichen Zähigkeit
kämpft man auch in unserm Vaterland Österreich um das
Recht der nichtverheirateten Mutter und ihres Kindes, um
die Reform des Eherechts, um eine Milderung der berück-
sichtigten Strafbestimmungen, durch die arme, gequälte und ver-
wundete Frauen dem Kerker überliefert werden.

Der Internationale Frauentag in Deutschland fällt in
die Zeit des Volksbegehrens über die Fürstenernteigung.
Was haben die „Landesämter“ während des Krieges ge-
tätigt? Haben sie, wie wir, ihre Söhne und Männer auf
dem Schlachtfelde verloren? Waren ihre Speisekammern
leer wie unser Küchenstank? Während unsern Krieges-
kämpfern Kriegeswunden und Wunden nur wenige Mark im
Monat zugeteilt wurden, während die Arbeitsinvaliden und
Kriegsveteranen von ihren kargen Renten nicht das Nötigste
zum Leben kaufen konnten, während über 2 Millionen Er-
werbslose mit ihren Familien das bitterste Proletariatelend
erleben mußten, verlangen die ehemaligen Fürstinnen und
Fürstinnen vielhundertprozentige Aufwertung und ver-
langen auf Armenlast ihre „Rechte“ durchzusetzen. So
wollen auch wir unsern Internationalen Frauentag in den
Forderungen des Volksbegehrens stellen und mit unser
Nachschrift zeigen, daß nach unserm Willen den bedrängten
Schichten des Volkes zugute kommen soll, was Fürstentum
und was man an sich raffen will. Nach dem Gesen-
dungen zum Volksentscheid soll das enteignete Vermögen
Verwendung finden zugunsten der Erwerbslosen, der
Kriegeschädigten und der Kriegshinterbliebenen, der
Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der
Inflation, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern
durch Schaffung von Siedlungsland auf enteignetem Land-
besitz. Die Schöpfer, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude
sollen für allgemeine Wohlfahrt, Kultur- und Erziehungs-
zwecke, besonders zur Errichtung von Genesungs- und Ber-
berungseinrichtungen für Kriegeschädigte, Kriegshinterblie-
bene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Anstalten
und Erziehungsanstalten verwendet werden.

Der erste Anlauf

Die Einzeichnung in Berlin

D. Berlin, 6. März. (Sig. Janfisch) Der Andrang
zu den Einzeichnungsstellen war in Berlin am Freitag schon
bedeutend lebhafter als am Donnerstag. Am ersten Tage
haben sich nach einer Zusammenstellung des Berliner Wahl-
amts in Groß-Berlin 36.144 Personen einzeichnet.
In dem einen Bezirk Wedding zeichneten sich am Frei-
tag nachmittags 3800 Personen ein gegen 4400 am
Donnerstag.

Rebellion im Zentrum

Die Erregung in den Kreisen der christlichen Arbeiter-
schaft des Rheinlandes über die eigenartige Haltung der
Zentrumspartei zur Fällensabstimmung steigert sich von Tag
zu Tag. Die linksstehende Zentrumspresse beginnt bereits
offen ihrer Besorgnis über die Entscheidung des Reichstags-
zentrums Ausdruck zu geben. Am Donnerstagabend ver-
öffentlichte das offizielle Kölner Zentrumblatt an der
Spitze seines redaktionellen Teiles eine aufsehen-
erregende Zuschrift eines alten Zentrumsmannes, der
sich wie folgt äußert:

„Ich betone, ich bin nicht für die Enteisung ohne
weiteres, aber mir scheint, daß die Haltung der Fraktion
zu Bedenken Anlaß gibt. Ich habe das Gefühl,
daß die Herren in Berlin die Stimmung in der Zentrum-
partei noch immer nicht kennen. Noch aber ist ja das letzte
Wort über den Kompromißantrag nicht gesprochen. Noch
läßt sich viel daran ändern, und ich halte mich als greiser
Zentrumsanhänger, der in guten und schlechten Zeiten
unverbrüchlich zur Partei gestanden hat, für verpflichtet
und berechtigt, zu warnen.“

Warum hilft bei der Zusammenfassung der Zentrums-
fraktion des Reichstages nichts, nur durch Handeln sind
für die Volksgemeinschaft Hunderte von Millionen, die von
den ehemaligen Fürstentümern verlangt werden, zu retten.
Also nicht rufen, sondern tun!

Auf, auf zum Volksbegehren!

Der Weg aus dem Abgrund

In einer Unterredung, die der Reichsaussenminister
Stresemann gestern mit einem Journalisten hatte,
führte er aus, daß der Eintritt Deutschlands in den Völker-
bund einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege
aus dem Abgrund bedeutet, in den uns der Krieg gestürzt
hat, zu dem Plaze, der Deutschland unter den Völkern ge-
bührt.

Dem deutschen Volke geht es gerade jetzt schlecht genug.
Eine ungeheure Arbeitslosigkeit, eine brüderliche Wohnungs-
not. Aber trotzdem, wenn wir die Zustände von heute ver-
gleichen mit den der ersten Nachkriegsjahre, der Fort-
schritt ist kaum zu verkennen. Nach dem Versailler
Friedensvertrag war das deutsche Volk der Paria unter den
Völkern. Jahrelang litt die ganze Bevölkerung unserer
Städte und Industriebezirke, von wenigen glücklichen Aus-
nahmen abgesehen, unter der schmerzlichen Unterernährung,
unser Währung geriet immer mehr und mehr in Verfall.

Stresemann hat sehr richtig gesagt, daß der Krieg uns
in diesen Abgrund gestürzt hat, und mit Schaudern
sehen wir heute, mit welcher Dummheit und Leicht-
fertigkeit die Herren des kaiserlichen Deutschlands in
diesem Krieg hineingeführt sind. Die deutsche auswärtige
Politik vor dem Kriege wurde zum guten Teil von zwei
Halb- oder auch ganz verrückten Menschen ge-
macht, von Wilhelm II. und dem Geheimrat von Hofstein,
einem menschenscheuen Sonderling, von dem wir erst vor
kurzem erfahren haben, daß er während seiner ganzen Amts-
zeit seine politischen Kenntnisse zu Börsenspekulationen be-
nutzte. Das deutsche Volk hat schwer dafür büßen müssen,
daß es sich nur allzu lange halbabsolutistisch regieren und
sich den Schloßherrn von Doorn jahrzehntlang auf seinem
Thron gefallen ließ. Es ist ein betrübender Beweis für die
politische Dummheit nur allzu vieler Volksgenossen, daß sie
für das Unglück des deutschen Volkes nicht die wirklich
Schuldigen verantwortlich machten, sondern die deutsche
Republik und ihre Staatsmänner, die in schwerer, mitle-

voller Arbeit versuchen mußten, das deutsche Volk aus seinem
Elend herauszuführen. Unter der Führung von Ehren-
männern wie Rohrbach und Ehrhardt marschierten immer
wieder die völkischen Verbände auf, um die deutsche Repu-
blik zu menseln, und der blaubedrückte Schwendenscheide-
Ludendorff war auch dabei, wenn er sich auch nochher so
gern bescheligen ließ, daß er unschuldig sei wie ein neu-
geborenes Kind. Und dieser Ludendorff wurde Reichstags-
abgeordneter, ein Walter Rathenau wurde ermordet.

Und trotz alledem, die so viel geschwänzte, vielmal
ihren eigenen Beamten sabotierte Republik hat Großes
für das deutsche Volk geleistet. Was wäre geschehen,
wenn wir eine Politik nach dem Rezept unser echtdeutschen
Maulhelden getrieben hätten. Wahrscheinlich sähe heute
noch Poincaré auf dem Sessel des französischen Minister-
präsidenten. Das Deutsche Reich bestände wenigstens in
seinem jetzigen Umfang kaum mehr. Nur durch die viel-
geschwänzte Erfüllungspolitik konnten es die republikanischen
Regierungen Deutschlands erreichen, daß allmählich der Welt
die Augen geöffnet wurden über die Unmöglichkeit der Repa-
rationsforderungen, die ursprünglich erhoben wurden. Nur
so kamen wir zu dem Dawes-Gutachten, zur Konferenz von
Locarno und jetzt zu der Reise nach Genf. Wirklich, die
politischen Leistungen der deutschen Republik können sich
sehen lassen, besonders wenn wir an die „herrlichen
Zeiten“ Wilhelms II. denken.

Die Verdienste der neuen Republik um das deutsche Volk
werden deshalb nicht geringer, weil es noch immer so viele
gibt, die die Wahrheit verdrehen, die Geschichte falschen. Jetzt
hat sich das deutsche Volk endlich erhoben gegen die
schrankenlose Sabotage seiner Landesväter. Den
Herrschaften soll endlich genommen werden, was sie und ihre
Väter in den Jahrhunderten ihrer Monarchenherrschaft auf
Kosten des Volkes zusammenrafften. Da sucht man dem
Volke einzureden, die Enteisung der Fürstentümer
häuere ein Akt der Undankbarkeit gegen die einstigen
Wohltäter des Volkes. Schlimm wäre es, wenn das deutsche
Volk auf diese Fälschertumskünste hereinfiel. Bei der Ent-
scheidung über die Fürstenernteigung muß das deutsche Volk
zeigen, daß es eine seiner Gewächse etwas gelernt hat, und
daß es fähig ist, fortzuschreiten auf dem Wege,
der aus dem Abgrund führt.

Vor der Völkerbundesentscheidung

Berlin, 6. März. Die deutsche Delegation (14 Personen)
unter Führung von Luther und Stresemann ist Freitag abends nach
Genf abgereist.

T. Genf, 6. März. (Sig. Janfisch) Am Montag ze-
ginnen die entscheidenden Tagungen. Die Liste der Delegationen
der Völkerbundesversammlung umfaßt 7 Minister-
präsidenten und 18 Außenminister. Das ist die bisher höchste Zahl.

Republikaner!

Der morgige Sonntag ist
Einzeichnungstag!